

Bremen, den 16. September 2005



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Große Unruhe unter den Friedehorster Beschäftigten

Friedehorst gründet Verleiharbeitsfirma „parat“

„Parat“ heisst die Leiharbeitsfirma, die Friedehorst – größter diakonischer Arbeitgeber in Bremen - im Juli als Mehrheitsgesellschafter zusammen mit kleineren diakonischen Einrichtungen gegründet hat.

5 Die Geschäftsleitung begründet ihren Schritt mit der dringenden Notwendigkeit, Personalkosten einsparen zu müssen. Ursprünglich sollten über die Personalservice-Agentur kurzfristige Personalbedarfe in Friedehorst ausgeglichen werden. Jetzt wird die Einstellung bei „parat“ zum Regelfall, Einstellungen bei Friedehorst zur Ausnahme.

10 Die Vergütungen bei „parat“ liegen 30% und mehr unterhalb der Bezahlung, die Friedehorst nach den Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonie für vergleichbare Tätigkeiten zahlen müsste. Mitarbeiterinnen, deren befristete Verträge auslaufen, erhalten nur dann eine Anschlussbeschäftigung, wenn sie einen neuen Vertrag zu den schlechteren Bedingungen akzeptieren. Dies führt im Einzelfall zu erheblichen sozialen Härten. Besonders betroffen
15 sind Frauen, insbesondere in Teilzeitbeschäftigung und mit einfachen Tätigkeiten, z.B. in der Hauswirtschaft. Zusätzlich zu den bereits im AVR-Diakonie dafür geschaffenen Niedriglohngruppen sollen nun nochmals erhebliche Einkommenseinbußen durchgesetzt werden. Ohne staatliche Sozialleistungen ist eine eigenständige Existenzsicherung damit nicht mehr
20 möglich.

Auf einer Mitarbeitererversammlung in Friedehorst haben jetzt die Mitarbeitervertretung, die zuständige Gewerkschaft ver.di und die Beschäftigten ihr Unverständnis und ihren Unmut über diese Entwicklung geäußert. Sie sehen die Betreuungsqualität und –standards durch geringer qualifizierte
25 Arbeitskräfte und hohe Personalfuktuation gefährdet.

Außerdem befürchten Mitarbeitervertretung und ver.di eine Störung des Betriebsfriedens, wenn Beschäftigte für die gleiche Arbeit so unterschiedlich entlohnt werden.

30 Mitarbeiter und Angehörige von Bewohnern und Patienten wollen sich daher verstärkt an die Öffentlichkeit wenden, um die nach ihrer Meinung verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen oder zumindest auf ein für alle Beteiligten erträgliches Maß zu beschränken.

35 Uwe Schmid, ver.di-Gewerkschaftssekretär und für den Bereich soziale Dienste und Kirchen zuständig: „Wir sehen diese Entwicklung der sich immer mehr ausbreitenden Tariffucht mit großer Sorge. Wir wehren uns entschieden dagegen, dass kirchliche Einrichtungen die Vergünstigungen, welche ihnen das kirchliche Sonderrecht bietet, gerne annehmen, die Pflichten, die mit dem Kirchentarif verbunden sind, aber immer weiter unterlaufen.“

Rückfragen bitte an:

Uwe Schmid, Gewerkschaftssekretär, FB03
Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und
Kirchen

Tel. 0421 / 3301 138 oder 0160-7121396

PRESEINFORMATION

V.i.S.d.P.:
Uwe Schmid
ver.di-Bezirk

Land Bremen, Fachbereich 03

Bahnhofplatz 22-28

28195 Bremen

Tel.: 0421-3301-138

Fax: 0421-3301-117